



Verband der bayerischen Lehr- und Beratungskräfte

im höheren Dienst – Ernährung, Ländlicher Raum, Agrarwirtschaft e.V.

www.vela-bayern.de

info@vela-bayern.de

Bericht des 1. Vorsitzenden für die Zeit von April bis Juni

Liebe Mitglieder,

aktive Verbandsarbeit bedeutet, unserem Dienstherrn gegenüber die Anliegen und Interessen der Mitglieder zu vertreten und einzufordern, aber auch bei Vertretern der Politik und unseren Kunden um Unterstützung für unsere Forderungen zu werben. Deshalb waren wir sehr erfreut, dass Herr Staatsminister Helmut Brunner im Mai zu unserer Mitgliederversammlung als Referent zusagte und die Vorstandschaft bereits in einem Vorgespräch im April eine Reihe aktueller Themen ansprechen konnte.

Staatsminister Helmut Brunner bei unserer Mitgliederversammlung

Viele aktive Mitglieder, aber ebenso zahlreiche Pensionisten wollten bei unserer gut besuchten Mitgliederversammlung von Staatsminister Helmut Brunner hören, welche künftigen Aufgaben die Landwirtschaftsverwaltung unter seiner neuen Leitung übernehmen sollte.

In meiner Einleitung schilderte ich die Situation unserer Verwaltung, welche sich in der Überschrift zusammenfassen lässt:

Die Landwirtschaftsverwaltung ist gut, aber zu alt und zunehmend überlastet.

Warum meine ich dies:

1. Unsere Landwirtschaftsverwaltung ist gut

Viele neuen Aufgaben (z.B. InVeKoS-Förderabwicklung, Übernahme Vertragsnaturschutz) wurden ohne **zusätzliche Planstellen**, ja sogar unter **erheblichen Personaleinsparungen termingerecht und auch ohne nennenswerte Anlastungen** aus Brüssel erledigt. Dass die Beschäftigten unserer Verwaltung im Fördervollzug, in der Beratung

und als Lehrkräfte an den Schulen gut arbeiten, dies wird uns auch von Staatsminister Helmut Brunner, von Verbänden, Organisationen und den Betroffenen selbst oft bestätigt.

2. Unsere Landwirtschaftsverwaltung ist zu alt

Mehr als ein Viertel unserer Verbandsmitglieder im Dienst (Aktive) sind 56 bis 65 Jahre alt. Nur 5 % sind in der Altersgruppe bis 35 Jahre, weitere 6 % in der Gruppe bis 40 Jahre. In den vergangenen Jahren wurden viel zu wenig Referendare in der Landwirtschaft (28 in den letzten vier Jahren, nur zwei in der Hauswirtschaft) eingestellt. Wir fordern deshalb, dass künftig wieder mehr Referendare ausgebildet werden, auch über den späteren Bedarf in der Landwirtschaftsverwaltung hinaus.

3. Unsere Landwirtschaftsverwaltung ist zunehmend überlastet

Die im Agrarwirtschaftsgesetz (Art. 9) formulierte Verpflichtung an das Staatsministerium - Zitat: „Es hält Kernkompetenzen für eine subsidiäre betriebliche Beratung in der Landwirtschaft vor“ -, kann unserer Meinung nach nur erreicht werden, wenn mehr Anwärter und Referendare als in den vergangenen Jahren im Staatsdienst eingestellt werden. Zur Zeit profitieren wir in Beratung und Schule noch von unseren Erfahrungen, unserem Wissen. Wir bauen jedoch zu wenig neues Wissen auf! Der Anspruch, **Top Bildung** an den staatlichen Landwirtschaftsschulen den angehenden Betriebsleitern zu ermöglichen, erfordert aber auch ausreichend **Top Lehrkräfte**, welche möglichst „Leuchttürme“ in der Beratung sind. Ein Vorschlag, das Problem der Personalknappheit durch Wiederbelebung der „**Wanderlehrer**“ zu lösen, hat wenig Aussichten auf Erfolg, da an Ämtern ohne Schule auch keine freien Arbeitskapazitäten mehr vorhanden sind. Letztendlich kommt die Beratungstätigkeit für die Lehrkräfte auf

grund der Arbeitsüberlastung zu kurz, an einen erfolgreichen Aufbau einer Verbundberatung ist nicht zu denken. Wir laufen deshalb Gefahr, dass unser Erfolgsmodell Schule und Beratung, wofür uns auch Einrichtungen der freien Wirtschaft beneiden, an Erfolg verliert.

Das zentrale Problem unserer Verwaltung ist der vom Landtag beschlossene Stellenabbau an den Ämtern. Wenn dieser bis 2019 im geplanten Umfang realisiert werden muss (285 AK sind noch abzubauen, 100 Soll AK sind derzeit bereits schon nicht besetzt), so bedeutet dies letztendlich ein **Personalabbau von 8 Vollarbeitskräften** (ca. 25 %) **je Amt** gegenüber der Sollplanung 2005.

Uns stellt sich dann schon die Frage: Können wir die jetzige Struktur (z.B. Standorte, Schulen, Teams usw.) aufrecht erhalten?

Außerdem wurde unserer Verwaltung die Ernährung als neue Aufgabe übertragen. Haben wir uns anfangs gefreut, dass diese Aufgabe wieder in die Verantwortung der Landwirtschaftsverwaltung zurückgekehrt ist, so mussten wir nun sehr ernüchternd feststellen, dass mit wenig Geld und ohne zusätzlichen Stellen ein Wachstumskonzept für die sehr anspruchsvollen Aufgaben im Bereich Ernährungsbildung entwickelt werden soll. Wir wollen, dass diese neue Aufgabe auch erfolgreich gelingt!

Uns stellt sich aber auch die Frage: Wie sollen wir neben den bisherigen Aufgaben eine weitere, neue Aufgabe schultern bei gleichzeitigem Personalabbau? Müssen wir stattdessen nicht alle dafür sorgen, dass manche unserer bisherigen Aufgaben und Tätigkeiten an andere Einrichtungen (z.B. Verbundpartner, Verbände, Organisationen, usw.) übertragen und von diesen dann erledigt werden?

Staatsminister Helmut Brunner gliederte seinen Vortrag in drei Themenbereiche:

1. Künftige Standorte und Personalausstattung

Minister Brunner sagte, dass die Entscheidungen zur Verwaltungsreform von 2004/2005 die Basis bis 2019 bleiben würden. „Angesichts des verordneten Personalabbaus trägt unser derzeitiges Konzept zur Aufgabenerledigung in den Bereichen Landwirtschaft, Hauswirtschaft und Ernährung nicht bis 2019“, so der Minister. Deshalb soll es im Herbst 2009 eine breite Erörterung der künftigen Personal- und Aufgabenstrukturen mit Blick auf 2019 geben. Mögliche Antworten auf den Personalabbau sind der Ausbau der Verbundberatung, Beschäftigung von Zeitarbeitskräften in Projekten (z.B. Berater Milchviehhaltung, Umsetzung Wasserrahmenrichtlinie) und die Verlagerung von Aufgaben an nichtstaatliche Stellen.

Trotz des Stellenabbaus wird an den 47 Ämtern mit 35 Außenstellen auf jeden Fall festgehalten, „um mit der Verwaltung in der Fläche präsent zu sein“. Eine Rückkehr in die Regierungen stehe nicht zur Diskussion, so Minister Brunner.

2. Bildungs- und Qualifizierungsoffensive

Bildung ist eines der zentralen Themen der bayerischen Landespolitik, davon müssten auch die jungen Menschen im ländlichen Raum profitieren können. Minister Brunner fordert ein differenziertes, sich stets an den aktuellen Erfordernissen ausrichtendes Bildungssystem. „Bildung müssen wir so gestalten, dass sie Existenzen sichert“. Schulstandorte werden nicht ohne weiteres in Frage gestellt, eine Optimierung hänge von den Studierendenzahlen ab, so der Minister. Auch versicherte er für das Erfolgsmodell 1-semesterige Landwirtschaftsschule, Abt. Hauswirtschaft zu kämpfen, selbst wenn der ORH diese fälschlicherweise als Konkurrenz zu den §45.2-Lehrgängen der hauswirtschaftlichen Verbände sieht.

Zu der neuen Form der Meisterfortbildung meinte der Minister: „Wir hätten uns auch vorstellen können, dass die praktische Meisterarbeit in der Schulzeit erfolgt. Vielleicht waren wir nicht mutig genug“, so sein Kommentar zur Neuregelung.

Die Stärkung der Marktcompetenz („Wir müssen uns den Märkten stellen“) soll in allen Schulen unserer Verwaltung, in der Beratung sowie in BiLa-Lehrgängen noch stärker vermittelt werden, damit die Landwirtschaft sich auch in turbulenten Zeiten behaupten kann. „Betriebsindividuelle Zukunftslösungen, d.h. das Finden der individuell passenden Lösung für jeden Familienbetrieb muss unser Ziel sein“.

3. Ernährungsbildung als Zukunftsaufgabe umsetzen

Der „Neustart“ des Aufgabenbereichs Ernährung bedeute eine besondere Herausforderung. Staatsminister Brunner zeigte Verständnis dafür, dass viele einen einfacheren und zügigeren Start, vor allem mit neuen Personalstellen erwartet hätten. Die Sachgebiete „Überregionale Ernährungsbildung“ an den 8 Schwerpunktämtern und die Vernetzungsstelle Schulverpflegung werden in Pilotprojekten Qualitätsstandards in der Außer-Haus-Verpflegung aufbauen. An 7 der 47 Ämter werden zusätzliche Pilotprojekte zum Netzwerkaufbau für die Zielgruppe „Junge Familie“ durchgeführt. Projektmittel für die Finanzierung eines Projektmanagers stehen dafür bis Ende 2010 zur Verfügung.

Soweit es die Arbeitskapazitäten erlauben, können die Sachgebiete 3.2 aller Ämter eigene Aktivitäten im Bereich Ernährung für die Zielgruppe junge Eltern mit Kinder von 0 bis 3 Jahre beginnen. Minister Brunner appellierte an alle Anwesenden, die Startphase auch mit knappen Personalressourcen wirksam zu organisieren.

Staatsminister Brunner sei sehr wohl bewusst, dass die anspruchsvolle Form der Meisterfortbildung, zunehmende Aufgaben im Bereich der gemeinwohlorientierten Beratung und der Aufbau der Verbundberatung in Verbindung mit dem bereits erfolgten Personalabbau die Situation in der Beratung noch schwieriger mache. Die staatliche Be-



ratung muss aufrechterhalten bleiben. Eine umfassende Lösung im Bereich der Beratung muss deshalb im Herbst im Rahmen der Aufgabenkritik erörtert werden.

Mehr Zeit als vorgesehen nahm sich Staatsminister Helmut Brunner für eine ganze Reihe von Fragen im Anschluss an seinen mit Interesse aufgenommenen Vortrag. Das Angebot an unseren Verband bei der im Herbst stattfindenden Erörterung der künftigen Personal- und Aufgabenstruktur in unserer Verwaltung beteiligt zu werden, nehmen wir an, auch wenn wir wissen, dass dies keine leichte Aufgabe sein wird. Damit dieser Erörterungsprozess möglichst sachlich und objektiv abläuft, sollte er unserer Meinung nach von einem externen Moderator (möglichst mit Erfahrungen in Verwaltungsorganisation, jedoch nicht aus den Verwaltungen unseres Ressorts stammend!) begleitet werden.

Der Umbau der Verwaltung und gleichzeitige Personalabbau war sicherlich ein gravierender Fehler der letzten Verwaltungsreform. Die nächsten Entscheidungen sollten deshalb besser vorbereitet werden. Unser Verband ist bereit sich konstruktiv einzubringen.

Neues Dienstrecht – Wechsel der Qualifikationsebenen (früher: Aufstieg)

Dass es die Staatsregierung ernst meint mit einer schnellen Verabschiedung des Neuen Dienstrechtes machte Finanzminister Georg Fahrenschon bei seinem Vortrag auf der BBB-Hauptausschusssitzung im Juni in München

deutlich. Noch in diesem Monat ist unsere interne Stellungnahme an den BBB abzugeben. Die bisherige Form des Aufstiegs soll künftig durch Maßnahmen der modularen Qualifizierung (§31 Verordnung über die Leistungslaufbahn, LibV) geregelt werden. „Die nähere Ausgestaltung der Systeme der modularen Qualifizierung legen die obersten Dienstbehörden fest,“ bedeutet nun die Konkretisierung der künftigen Umsetzung des Aufstiegs in den höheren Dienst. Wesentliche Arbeitsfelder des höheren Beratungs- und Fachschuldienstes sind die Unterrichtserteilung, die Wahrnehmung von Führungs-, Lenkungs-, Planungs- und Koordinierungsaufgaben, das Projektmanagement, die Organisation und Überwachung von Effizienz sicherungs-, Evaluierungs- und Controllingssystemen. Der Verband fordert deshalb, dass grundsätzlich alle Bewerber durch Vor- und Ausbildung (= Referendariat) die o.g. Anforderungen nachweisen müssen. Wir sind aber auch der Meinung, dass für qualifizierte Kolleginnen und Kollegen (mind. A 11 mit Aufstiegsvermerk) des gehobenen Dienstes die Möglichkeit zum Aufstieg in die Qualifikationsebene höherer Dienst gegeben sein soll. Dazu sollten die Bewerber in einem modular aufgebauten Qualifizierungssystem Dienstaufgaben des höheren Dienstes (A 13 bis A 14) im Tätigkeitsbereich des höheren Dienstes im Staatsministerium oder in nachgeordneten Behörden über einen Zeitraum von zwei Jahren (Turnus der Referendarausbildung) ausüben. Ein Leistungsnachweis über ihre vertieften landwirtschaftlichen Fachkenntnisse ist in Form einer bestandenen mündlichen Prüfung gegeben,

ebenso die erfolgreiche Unterrichtspraxis an der Landwirtschaftsschule durch die bestandene pädagogische Prüfung (Prüfung zum höheren Lehramt). Da Bildung auch künftig der Schwerpunkt unserer Tätigkeit sein wird und die Unterrichterteilung von allen Beschäftigten im hD gefordert wird, kann der hohe Qualitätsstandard für Aufstiegsbeamte nur durch erfolgreiche Qualifizierungsmaßnahmen gesichert werden.

Abkehr von der 42 Stunden Woche

Überrascht hat viele von uns Ministerpräsident Horst Seehofer mit seiner Ankündigung von der 42-Stunden Woche für Beamte abzurücken. Bis Ende des Jahres sollen nun vom Finanzministerium Vorschläge unterbreitet werden, welche die unterschiedlichen Voraussetzungen der Ressorts berücksichtigen. Die Rückführung der 42-Stunden-Woche müsste als ersten Schritt ein **Aussetzen des Stellenabbaus** zur Folge haben.

IALB – Mitgliedschaft

Bei unserer letzten Vorstandssitzung beschlossen wir den Beitritt unseres Verbandes zur Internationalen Akademie land- und hauswirtschaftlicher Berater (IALB). Die Mitgliedschaft in diesem Zusammenschluss von deutschen und europäischen **Beratern der Land- und Hauswirtschaft** bietet uns die Möglichkeit über den „Tellerrand“ hinaus zu schauen, aber auch unsere Erfahrungen aus der praktischen Beratungsarbeit in die Organisation einzubringen. Als äußerst wertvoll habe ich meine Teilnahme an der im Juni in Hessen stattgefundenen Jahrestagung (www.ialb.org) erlebt. Die Exkursion zu landwirtschaftlichen Unternehmen, die in ganz unterschiedlicher indivi-

dueller Weise hervorragende Lösungen für ihre Betriebe gefunden haben, war schon sehr beeindruckend. Außerdem habe ich von der Beratungsinitiative „PartnerKraft“ (www.lk-noe.at/partnerkraft) aus Österreich erfahren. Ein nachhaltiger unternehmerischer Erfolg setzt eine lebendige Partnerschaft in der Unternehmerfamilie voraus! Richtig erfolgreich ist eine Unternehmerfamilie erst, wenn neben guten Gewinnen die persönliche Zufriedenheit aller Mitglieder mit ihrer Situation erreicht wird. Vielleicht sollten wir in unserer Arbeit mehr darüber reden!

Neuwahlen der Vorstandschaft

Herzlich bedanken möchte ich mich bei Vorstand und Vertretern des Geschäftsausschusses für die gute Zusammenarbeit in der Vergangenheit. Mein besonderer Dank gilt den aus dem Geschäftsausschuss ausgeschiedenen Mitgliedern Ingrid Weig, Michael Mayer und Hans-Jürgen Wöppel. Den neu gewählten Vertretern Thomas Mirsch, Anton Kreitmeir und Friedrich Ernst, aber auch allen wiedergewählten Kolleginnen und Kollegen danke ich für ihre Bereitschaft zur Mitarbeit im Verband und wünsche unserer Arbeit ein gutes Gelingen.

Für den anstehenden Sommerurlaub wünsche ich Ihnen und Ihrer Familie eine schöne und erlebnisreiche Zeit, aber auch Ruhe, Entspannung und Erholung, um Kraft zu sammeln für ein sicherlich arbeitsreiches, aber auch spannendes Winterhalbjahr.

Ihr

Josef Konrad, 1. Vorsitzender

Bericht der 3. Vorsitzenden für die Zeit von April bis Juni 2009

Liebe Kolleginnen und Kollegen im Verband, leider konnte ich krankheitsbedingt an der Mitgliederversammlung nicht persönlich anwesend sein. Ich darf mich daher auf diesem Wege für ihr Vertrauen, das sie mir mit der Wiederwahl in den Vorstand des VELA bewiesen haben, ganz herzlich bedanken. Ich werde auch in Zukunft versuchen in ihrem Sinne zu handeln und ihre Interessen und Anliegen entsprechend zu vertreten. Zugleich möchte ich mich auch bei meinen Kolleginnen und Kollegen aus den Bezirken bedanken, die uns im Vorstand mit Rat und Tat zur Seite stehen. Ebenso bei allen, die unsere Verbandsinteressen in den verschiedenen Gremien und Verbänden vertreten.

Nun zum Bericht aus dem Bereich Strukturentwicklung und Haushaltsleistungen

Der Schwerpunkt lag sicher in der Wiederaufnahme des Tätigkeitsbereiches Ernährung in unserem Ressort. Wir

freuen uns selbstverständlich, dass der Stellenwert einer gesunden Ernährung und Lebensführung erkannt wurde und dem Bereich wieder Bedeutung beigemessen wird. Und wir sehen selbstverständlich auch die schwierige wirtschaftliche Lage des Freistaates Bayern, bedingt durch die weltweite Wirtschaftskrise. Aber soll eine Aufgabe mit Erfolg betrieben werden, ist ein gewisses Maß an personellen und finanziellen Mittel nötig. Und mit Personalkapazitäten meine ich fachlich, methodisch und pädagogisch gut ausgebildetes Personal. Die Aufgaben, die die Ämter für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten übernehmen sollen, brauchen Personal, das mit den Gegebenheiten vor Ort vertraut ist, das an bereits vorhandenen Kontakte und Netzwerke anknüpfen kann und das mit Verwaltungsabläufen vertraut ist.

Eine Lösung sehen wir im Verband in einer Erhöhung der Einstellungszahlen bei den Beamten zur Ausbildung. Auch wenn diese nach der Ausbildung nicht alle vom

Freistaat übernommen werden könnten. Diese bestens ausgebildeten jungen Kräfte hätten sicher auch auf dem freien Arbeitsmarkt gute Chancen.

Wir wünschen uns zudem eine klare Darstellung der Aufgaben im Bereich Ernährung in der Öffentlichkeit durch Herrn Staatsminister sowie unsere oberste Verwaltungsebene.

Durch die Aufnahme des Bereiches Ernährung in den Amtstitel sind in der Bevölkerung z.T. Erwartungen geweckt, es ginge mit der „Ernährungsberatung“ im alten Stil weiter. Dieses Bild sollte revidiert werden.

Ein zweiter Bereich der uns gerade in letzter Zeit beschäftigt, ist der Bereich Landwirtschaftsschule, Abteilung Hauswirtschaft und deren Überprüfung durch den obersten Rechnungshof. Wir sind uns sicher, dass wir gute Arbeit leisten. Und wir stehen auch kritischen Fragen offen gegenüber. Findet eine Überprüfung aber nur statt, um ein bereits vorab definiertes Ziel zu erreichen, so zumindest unser Eindruck, dann stehen wir dem kritisch gegenüber.

Eine mögliche Reduzierung oder gar die komplette Schließung der Schulen bedeutet für uns, unsere wichtigste Aufgabe, nämlich die Bildung v.a. von Frauen, aber selbstverständlich auch von Männern, im ländlichen Raum aufzugeben. Damit gehen gut ausgebildete Bäuerinnen und Unternehmerinnen für die landw. Betriebe verloren. Gerade im Bereich der Erwerbsskombinationen sind es die Absolventen/-innen der Landwirtschaftsschulen, die besonders erfolgreich agieren.

Aber selbst wenn die Absolventinnen das Fachwissen „nur“ in ihren Familien nutzen, erbringen sie damit eine nicht hoch genug zu schätzende Leistung für Staat und Gesellschaft.

Ich erhoffe mir daher ein einstimmiges Bekenntnis unserer gesamten Verwaltung zu unseren Schulen.

Ein weiterer Bereich denn ich ansprechen möchte, ist die Strukturentwicklung ländlicher Räume und damit die SG 3.1 und 3.3.

Sollen die Aufgaben, die in der AFLGO festgeschrieben stehen, mit Leben erfüllt werden und nicht nur Makulatur sein bzw. werden, so sind auch hier Personalkürzungen kontraproduktiv.

Im Augenblick, so zumindest mein Eindruck, sind beide SG, neben Bildungsaufgaben, zunehmend mit Stellungnahmen, Gutachten und Fördervollzug ausgelastet. Die Zahlen der KLR aus den Pilotämtern belegen dies sicher. Sollten hier weitere Personalkürzungen erfolgen, wird eine Beratung zur Entwicklung der ländlichen Räume durch die AELF's nicht mehr stattfinden können. Gerade in einem Flächenstaat wie Bayern ist dies aber sicher notwendig.

Sollten Personalmehrungen oder wenigstens eine Erhaltung des jetzigen Status in allen Bereichen der L3 nicht möglich sein, und dies ist unwahrscheinlich, sehen wir nur noch eine Lösung: eine Reduzierung der Aufgaben. Und dies sicher nicht nur in der L3, sondern in allen Bereichen der Landwirtschaftsberatung und -verwaltung und in einem absehbaren Zeitfenster.

Unser Dienstherr Herr Staatsminister Brunner hat mit der Übernahme seines Amtes nicht nur Verantwortung für die Bauern und Bäuerinnen im Freistaat übernommen sondern auch die Verantwortung für die Mitarbeiter seiner Verwaltung. Ich bin der festen Überzeugung er ist sich dieser Aufgabe bewusst und nimmt sie heute und in Zukunft verantwortungsvoll wahr.

Wir als Verband unterstützen ihn gerne im Rahmen unserer Möglichkeiten bei dieser Aufgabe und wünschen ihm und uns dazu viel Erfolg.

Eva Reitzlein

Ergebnisse der Wahl des Landesvorstandes und der Gruppenvertreter im Geschäftsausschuss

Landesvorstand:

1. Vorsitzender	Josef Konrad
2. Vorsitzender	Georg Mayer
3. Vorsitzende	Eva Reitzlein
Geschäftsführer	Ludwig Zahnweh
Schriftführer	Josef Tischler

Gruppenvertreter im Geschäftsausschuss:

Vertreter des StMELF	Martin Wolf
	Gisela Miethaner
Vertreter der Landesanstalten	Dr. Balthasar Spann

Vertreter der FÜAK	Thomas Mirsch
Vertreter der Fachrichtung tierische Erzeugung	Dr. Thomas Nibler
Vertreter aus dem Bereich Ernährung	Angelika Reiter-Nüssle
Vertreter der Fachrichtung pflanzliche Erzeugung	Friedrich Ernst
Vertreter der Fachrichtung Gartenbau und Landschaftspflege	Reinhard Kindler
Vertreter der Ruhestandsbeamten	Josef Seidl
Vertreter der z.A.-Beamten	Anton Kreitmeir

Versand des Mitteilungsblattes

Anlässlich der nun schon doch einige Zeit zurückliegenden Mitgliederbefragung wurde von der überwiegenden Mehrzahl der Mitglieder der Wunsch geäußert, künftig das Mitteilungsblatt per Email zu versenden. Da inzwischen dazu auch die rechtlichen Grundlagen gegeben sind und wir uns damit auch Kosten sparen können, werden wir ab dem nächsten Mitteilungsblatt dieses per Email an

die Mitglieder versenden, von denen der Geschäftsstelle eine Email bekannt ist. Selbstverständlich bekommen alle anderen Mitglieder das Mitteilungsblatt auch künftig mit der Post.

Wenn Sie auch in den Email-Verteiler aufgenommen werden wollen, teilen Sie uns bitte Ihre (private) Email-Adresse mit (info@vela-bayern.de).

Ludwig Zahnweh

Der Bezirkspersonalrat (BPR) informiert

BPR "On Tour"

Im vierten Jahr seines Bestehens ist es fast schon guter Brauch geworden, dass der Bezirkspersonalrat (BPR) unter Leitung von Herbert Hecht die FÜAK in Landshut verlässt und mehrmals pro Jahr hinaus zu den Ämtern kommt. So tagte der BPR schon an den Ämtern in Ansbach, Fürth, Roth (Hersbruck), Kitzingen, Coburg (Stafelstein) Schwandorf (Nabburg), Mindelheim und Krumbach



Allmonatlicher Sitzungsalltag des Bezirkspersonalrates, hier am 20. Mai in Cham. „Personalratsarbeit ist in erster Linie Vertrauenssache.“

Dabei setzt man sich mit den Behördenleitern und dem Örtlichen Personalrat zusammen und tauscht auf diese Weise die Informationen direkter aus. Für den BPR ist es dabei wichtig, die Meinungen der Behördenleiter zu den aktuellen Problemen kennenzulernen. Auch die Örtlichen Personalräte sollten die BPR-Mitglieder möglichst persönlich kennen, dies erweist sich vor allem bei schwierigen Personalentscheidungen als Vorteil. Die Sitzungen des BPR vor Ort erweisen sich immer als gewinnbringend für alle Seiten.

Denn: Personalratsarbeit ist in erster Linie Vertrauenssache!



Das Gremium bei der Verabschiedung aus Cham (v.l.n.r.): Johann Götzer, Marie-Luise Raffalt, Markus Pietzke, Georg Mayer, Ingrid Weig, Marianne Schmidmaier, Herbert Hecht, Elisabeth Fischer und Robert Kasseckert. (Bericht und Bilder: Markus Pietzke)

Beförderungssituation

Durch die Reformen der Verwaltung 21 und den Stellenhebungen im Vorgriff auf die Dienstrechtsreform wird das Jahr 2009 sicher ein gutes werden, was die Anzahl der Beförderungen betrifft. In diesen Tagen werden die Beförderungen im Rahmen der Reformen vollzogen. Mit den Beförderungen im Vorgriff auf die Dienstrechtsreform ist bis Oktober zu rechnen. In Verbindung mit den geringen Einstellungszahlen für Anwärter und Referendare ergibt sich dann die Situation, dass die Wartezeiten der Erstbeförderungen in allen drei Laufbahnen (A8, A11, A14) z. T. deutlich kürzer werden. Durch die Alterspyramide werden sich die Wartezeiten der anderen Beförderungsjahre nicht so deutlich verkürzen können. Eine Sondersituation wird bei der Beförderungswartezeit nach A9+Z entstehen. Da der mtD eine relative junge Laufbahn ist, wird bei den nächsten Beförderungen mit einer deutlich kürzeren Wartezeit zu rechnen sein. Nachfolgend die Zahlen aufgrund der letzten Beförderungen:

Beförderungswartezeiten

	A 8	A 9	A 9+Z	A 11	A 12	A 13	A 13+Z	A 14
Mindestpunktzahl	7	10	13	7	9	12	13	7
Wartezeit	8,5	10	5	7	10	11	*	4

*Keine Angabe möglich

Herbert Hecht Bezirkspersonalrat

Herbert Hecht
Vorsitzender

Der Bezirkspersonalrat - Kontakt

Gruppe Beamte:

Herbert Hecht, ALF Ansbach, Vorsitzender und Gruppenvertreter

Tel.: 0981/8908-175

herbert.hecht@aelf-an.bayern.de

oder 0871/9522-430

Fax 0871/9522-405

herbert.hecht@fueak.bayern.de

Gruppe Arbeitnehmer:

Johann Götzer, ALF Schwandorf, stellv. Vorsitzender und Gruppenvertreter

Tel.: 09433/896-105

johann.goetzer@aelf-sd.bayern.de

Einladung zur gemeinsamen Tagung der Bezirksverbände Ober-, Mittel- und Unterfranken am Montag, den 5.10.2009

in Ebermannstadt, im Hotelgasthof Resengörg, Hauptstraße 36, Tel. 09194 - 73930

Programm:

- 9.00 - 9.30 Uhr: Eintreffen der Teilnehmer
- 9.30 - 10.00 Uhr: Begrüßung und Verbandsangelegenheiten
- 10.00 - 12.00 Uhr: Vortrag und Diskussion mit MdL Gerhard Eck (Vorsitzender des Agrarausschusses im Bayerischen Landtag) zum Thema: „Aktuelle Herausforderungen für die bayerische Agrarpolitik“
- 12.00 - 13.00 Uhr: Mittagessen
- 13.00 - 14.00 Uhr: Aufteilung in Ober-, Mittel- und Unterfranken auf 3 getrennte Räume mit Neuwahlen
- 14.30 - 16.30 Uhr: Besuch des „Archäologischen Parks Neideck“ (Aufstieg mit festem Schuhwerk)

Wegbeschreibung auf der Homepage: www.resengoerg.de